Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/96

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
9 — 97105 — 6415/61

Bonn, den 18. Dezember 1961

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen
vom 5. Juli 1961
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg über
den Luftverkehr

nebst Begründung sowie den Wortlaut des Abkommens in deutscher und französischer Sprache und die Denkschrift zum Abkommen mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 239. Sitzung am 15. Dezember 1961 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 5. Juli 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Luftverkehr

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 5. Juli 1961 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 und Artikel 106 Abs. 2 Nr. 5 des Grundgesetzes erforderlich, da die in Artikel 6 des Abkommens vorgesehenen Vergünstigungen auch die Biersteuer berühren.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes, abgesehen von den Kosten, die durch eine etwaige Anrufung des Schiedsgerichts entstehen können, nicht mit Ausgaben belastet.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Luftverkehr

Accord entre la République Fédérale d'Allemagne et le Grand-Duché de Luxembourg relatif aux transports aériens

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DAS GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG

IN DEM WUNSCHE, den Luftverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu regeln,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

a) „Luftfahrtbehörde": in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland der Bundesminister für Verkehr; in bezug auf das Großherzogtum Luxemburg der Minister für Verkehr oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen Behörden obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;

b) „bezeichnetes Unternehmen": ein Luftverkehrsunternehmen, das eine Vertragspartei der anderen Vertragspartei nach Artikel 3 schriftlich als ein Unternehmen bezeichnet hat, das auf den nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linien internationalen Fluglinienverkehr betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet", „Fluglinienverkehr", „internationaler Fluglinienverkehr" und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken" haben für die Anwendung dieses Abkommens die in den Artikeln 2 und 96 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt in der jeweils letztgültigen Fassung festgelegte Bedeutung.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei gewährt der anderen Vertragspartei zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

das Recht, ihr Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen,

das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen und

das Recht, in ihrem Hoheitsgebiet an den Punkten, die in den nach Absatz 2 festgelegten Linien aufgeführt sind, zu landen, um Fluggäste, Post und/oder Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf welchen die bezeichneten Unternehmen der beiden Vertragsparteien berechtigt sind, internationalen Fluglinienverkehr zu betreiben, werden in einem Fluglinienplan festgelegt, der durch Notenwechsel zu vereinbaren ist.

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

LE GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG,

DÉSIREUX de régler les transports aériens entre leurs territoires et au-delà,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Article 1er

(1) Au sens du présent Accord et à moins qu'il n'en résulte autrement du texte, on entendra par:

a) « autorité aéronautique »: dans la République fédérale d'Allemagne, le Ministre fédéral des Transports; dans le Grand-Duché de Luxembourg, le Ministre des Transports ou, dans l'un et l'autre cas, toute personne ou tout service autorisé à assumer les fonctions dévolues à ces autorités;

b) « entreprise désignée »: une entreprise de transports aériens qu'une Partie contractante désignera par écrit à l'autre Partie contractante, conformément à l'article 3 du présent Accord, comme étant une entreprise qui exploitera les services aériens internationaux sur les routes fixées à l'article 2, par. 2.

(2) Les termes de « territoire », « service aérien », « service aérien international » et « escale non commerciale » ont, pour l'application du présent Accord, la signification fixée aux articles 2 et 96 de la Convention du 7 décembre 1944 relative à l'aviation civile internationale dans le dernier texte en vigueur.

Article 2

(1) Chaque Partie contractante accordera à l'autre Partie contractante, en vue de l'exploitation des services aériens internationaux par les entreprises désignées sur les routes fixées conformément au paragraphe 2:

le droit de survoler son territoire sans y faire escale,

le droit de faire dans son territoire des escales non commerciales et

le droit de faire escale aux points de son territoire qui sont touchés par les routes fixées conformément au paragraphe 2, afin de prendre ou de déposer, à des fins commerciales, des passagers, du courrier et/ou des marchandises.

(2) Les routes sur lesquelles les entreprises désignées par les deux Parties contractantes sont autorisées à exploiter des services aériens internationaux sont fixées dans un tableau des services qui fera l'objet d'un échange de notes.

Artikel 3

(1) Der Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linien kann jederzeit aufgenommen werden, wenn

a) die Vertragspartei, der die in Artikel 2 Abs. 1 genannten Rechte gewährt sind, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat, und

b) die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Die Vertragspartei, die diese Rechte gewährt, wird vorbehaltlich der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich des Artikels 9 die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs unverzüglich erteilen.

(3) Jede Vertragspartei kann von einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch die Gesetze und sonstigen Vorschriften der erstgenannten Vertragspartei für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

(4) Jede Vertragspartei kann einem bezeichneten Unternehmen der anderen Vertragspartei die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften der anderen Vertragspartei oder dieser selbst zustehen.

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei kann die nach Artikel 3 Abs. 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und sonstigen Vorschriften der die Rechte gewährenden Vertragspartei oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 3 Abs. 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht wird jede Vertragspartei nur nach einer Konsultation nach Artikel 13 Gebrauch machen, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder sonstige Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebes oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Jede Vertragspartei hat das Recht, durch schriftliche Mitteilung an die andere Vertragspartei ein von ihr bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes unter den Voraussetzungen des Artikels 3 zu ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5

Die Gebühren, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für Luftfahrzeuge eines inländischen Unternehmens in ähnlichem internationalem Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien gewähren hinsichtlich der Luftfahrzeuge, die von einem bezeichneten Unternehmen

Article 3

(1) L'exploitation des services aériens internationaux sur les routes fixées à l'article 2, par. 2 du présent Accord, pourra commencer en tout temps:

a) lorsque la Partie contractante, à laquelle les droits mentionnés au paragraphe 1 de l'article 2 sont accordés, aura désigné par écrit une ou plusieurs entreprises, et

b) lorsque la Partie contractante qui accorde ces droits aura autorisé l'entreprise ou les entreprises désignées à ouvrir les services aériens.

(2) Sous réserve des dispositions des paragraphes 3 et 4 et de l'arrangement prévu à l'article 9 du présent Accord, la Partie contractante qui accorde les droits donnera, sans délai, l'autorisation d'exploiter les services aériens internationaux.

(3) Chaque Partie contractante a le droit de demander à une entreprise désignée par l'autre Partie contractante la preuve qu'elle est à même de satisfaire aux conditions prescrites par les lois et règlements de la première Partie contractante pour l'exploitation des services aériens internationaux.

(4) Chaque Partie contractante peut refuser à une entreprise désignée par l'autre Partie contractante l'exercice des droits prévus à l'article 2 du présent Accord si ladite entreprise n'est pas en mesure d'apporter sur demande la preuve qu'une part importante de la propriété et le contrôle effectif de cette entreprise sont entre les mains de nationaux — personnes physiques ou morales — de l'autre Partie contractante, ou entre les mains de cette Partie contractante elle-même.

Article 4

(1) Chaque Partie contractante peut révoquer l'autorisation accordée en application de l'article 3, par. 2, du présent Accord, ou la soumettre à des conditions restrictives, si une entreprise désignée ne se conforme pas aux lois et règlements de la Partie contractante qui accorde les droits, n'observe pas les dispositions du présent Accord ou ne remplit pas les obligations qui en découlent. Il en est de même si la preuve mentionnée à l'article 3, par. 4, n'est pas apportée. Chaque Partie contractante ne fera usage de ce droit qu'après une consultation, conformément à l'article 13 du présent Accord, à moins qu'un arrêt immédiat de l'exploitation ou l'application immédiate de conditions restrictives ne soient nécessaires pour prévenir de nouvelles contraventions aux lois ou règlements.

(2) Chaque Partie contractante a le droit, moyennant notification écrite à l'autre Partie contractante, de remplacer par une autre entreprise, dans les conditions prévues à l'article 3, une entreprise désignée par elle. La nouvelle entreprise désignée jouit des mêmes droits et est soumise aux mêmes obligations que l'entreprise qu'elle remplace.

Article 5

Les taxes prélevées sur le territoire d'une Partie contractante pour l'usage des aéroports et autres installations de navigation aérienne par les aéronefs d'une entreprise désignée par l'autre Partie contractante n'excéderont pas celles qui sont perçues pour les aéronefs d'une entreprise nationale dans les services aériens internationaux similaires.

Article 6

(1) Chaque Partie contractante accorde aux aéronefs d'une entreprise désignée par l'autre Partie contractante,

der anderen Vertragspartei ausschließlich im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, die folgenden Vergünstigungen:

1. Die von einem bezeichneten Unternehmen der einen Vertragspartei verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen üblichen Ausrüstungsgegenstände und Ersatzteile, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben.

2. Ersatzteile und Ausrüstungsgegenstände,

   a) die aus den unter Nummer 1 genannten Luftfahrzeugen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Zollüberwachung ausgebaut oder sonst von Bord gebracht und dort gelagert werden, oder

   b) die für diese Luftfahrzeuge in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Zollüberwachung eingeführt und dort gelagert werden,

   bleiben frei von den unter Nummer 1 bezeichneten Zöllen und sonstigen Abgaben, wenn sie unter Zollüberwachung in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden oder aus dem Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei auf andere Weise wieder ausgeführt werden.

   Die gleiche Befreiung wird für Ersatzteile und Ausrüstungsgegenstände gewährt, die unter Zollüberwachung aus entsprechenden Lagern anderer Luftfahrtunternehmen entnommen und in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden.

3. Luftfahrtbetriebsstoffe, die an Bord der unter Nummer 1 genannten Luftfahrzeuge in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingebracht werden, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben, wenn sie an Bord dieser Luftfahrzeuge verwendet werden, und zwar auch auf dem Teil der Flüge, der zwischen Punkten der nach Artikel 2 festgelegten Linien im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei stattfindet. Das gleiche gilt auch für Luftfahrtbetriebsstoffe, die zur Versorgung dieser Luftfahrzeuge für Rechnung eines bezeichneten Unternehmens in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Zollüberwachung eingeführt und dort gelagert werden. Für Luftfahrtbetriebsstoffe, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unter Zollüberwachung an Bord der Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens genommen und im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, werden weder die genannten Zölle und sonstigen Abgaben noch etwaige besondere Verbrauchsabgaben erhoben, mit denen die Luftfahrtbetriebsstoffe im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei belastet sind.

4. Die an Bord der unter Nummer 1 genannten Luftfahrzeuge eingebrachten Nahrungs- und Genußmittel, die zum Verbrauch durch die Fluggäste und Besatzungsmitglieder bestimmt sind, dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen

affectés exclusivement à des services aériens internationaux, les privilèges suivants en matière de taxes:

1. Les aéronefs qu'utilise une entreprise désignée par l'une des Parties contractantes et qui pénètrent sur le territoire de l'autre Partie contractante pour en ressortir ou pour les survoler, sont, y compris les objets d'équipement et pièces de rechange habituels se trouvant à bord, francs de douane et d'autres taxes prélevées sur les marchandises à l'entrée, à la sortie ou en transit.

2. Les pièces de rechange et objets d'équipement:

   a) qui sont démontés, sous contrôle douanier, sur le territoire de l'autre Partie contractante, des aéronefs mentionnés au chiffre 1 ci-dessus ou qui sont enlevés du bord de toute autre façon pour être entreposés sur ce territoire, ou

   b) qui ont été introduits sur le territoire de l'autre Partie contractante, sous contrôle douanier, pour le service de ces aéronefs, et qui sont entreposés sur ce territoire,

   restent exempts des taxes mentionnées au chiffre 1, s'ils sont montés sous contrôle douanier dans les aéronefs en question ou pris à bord de toute autre manière, ou s'ils sont réexportés d'une autre façon du territoire de cette Partie contractante.

   La même exemption est accordée pour les pièces de rechange et objets d'équipement pris sous contrôle douanier dans les dépôts analogues d'autres entreprises de navigation aérienne, puis montés sur les aéronefs en question ou pris à bord de toute autre manière.

3. Les carburants et lubrifiants introduits à bord des aéronefs mentionnés au chiffre 1 dans le territoire de l'autre Partie contractante sont exempts des droits de douane et autres taxes prélevées sur les marchandises à l'entrée, à la sortie ou en transit, s'ils sont utilisés à bord de ces aéronefs, même s'ils exécutent des vols sur le territoire de cette Partie contractante entre des points des routes fixées conformément à l'article 2 du présent Accord. Cette exemption s'applique aussi aux carburants et lubrifiants importés, sous contrôle douanier et pour le compte d'une entreprise désignée, pour alimenter ces aéronefs, dans le territoire de l'autre Partie contractante et qui y sont entreposés. Tous les carburants et lubrifiants qui sont pris à bord des aéronefs d'une entreprise désignée, sous contrôle douanier, sur le territoire de l'autre Partie contractante, pour être employés dans les services aériens internationaux, ne sont soumis ni à ces droits ni à d'autres taxes spéciales de consommation auxquelles ces carburants et lubrifiants sont soumis sur les territoire de cette autre Partie contractante.

4. Les denrées alimentaires et stimulants chargés à bord des aéronefs mentionnés au chiffre 1, pour les besoins des passagers et de l'équipage, peuvent, sur le territoire de l'autre Partie contractante, être délivrés à bord pour leur consommation immédiate, francs de douane et autres taxes prélevées sur les marchandises à l'entrée, à la

Abgaben zum alsbaldigen Verbrauch an Bord ausgegeben werden, falls die Luftfahrzeuge bei Zwischenlandungen ständig zollamtlich überwacht werden können.

(2) Soweit für die in Absatz 1 genannten Waren Zölle und sonstige Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen diese Waren nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

Artikel 7

(1) Den bezeichneten Unternehmen jeder Vertragspartei ist in billiger und gleicher Weise Gelegenheit zu geben, den Fluglinienverkehr auf jeder nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linie zu betreiben.

(2) Bei dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linien hat ein bezeichnetes Unternehmen einer Vertragspartei auf die Interessen eines bezeichneten Unternehmens der anderen Vertragspartei Rücksicht zu nehmen, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linien soll vor allem dazu dienen, ein Beförderungsangebot bereitzustellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entspricht, die das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Beförderungen zwischen den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelegenen Punkten einer nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, ist im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so auszuüben, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei, die das Unternehmen bezeichnet hat,

b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung des örtlichen und regionalen Fluglinienverkehrs,

c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebes der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

Artikel 8

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor Aufnahme des Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linien die Art der Dienste, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Entsprechendes gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde der einen Vertragspartei wird der Luftfahrtbehörde der anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen übermitteln, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linien von einem bezeichneten Unternehmen der erstgenannten Vertragspartei bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen haben alle Angaben zu enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 9

(1) Die Tarife, die auf den nach Artikel 2 Abs. 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht anzuwenden sind, werden unter Berücksichtigung aller Umstände, wie

sortie ou en transit, si les aéronefs restent continuellement sous le contrôle de la douane pendant les escales.

(2) Dans la mesure où il n'est pas perçu de taxes sur les marchandises mentionnées au paragraphe 1, ces marchandises ne sont pas non plus soumises aux interdictions et restrictions d'importation, d'exportation et de transit qui pourraient leur être applicables.

Article 7

(1) Les entreprises désignées par chaque Partie contractante jouiront de possibilités égales et équitables pour l'exploitation des services aériens sur chacune des routes fixées conformément à l'article 2, par. 2 du présent Accord.

(2) En exploitant les services aériens internationaux sur les routes fixées conformément à l'article 2, par. 2 du présent Accord, toute entreprise désignée par une Partie contractante tiendra compte des intérêts de l'entreprise désignée par l'autre Partie contractante, afin de ne pas affecter indûment les services que cette dernière entreprise exploite sur la totalité ou une partie des mêmes routes.

(3) Les services aériens internationaux sur les routes fixées conformément à l'article 2, par. 2 du présent Accord auront pour objet essentiel d'offrir une capacité de transport correspondant à la demande probable de trafic au départ ou à destination du territoire de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise. Le droit de cette entreprise d'effectuer des transports sur le territoire de l'autre Partie contractante entre des points d'une route fixée conformément à l'article 2, par. 2 du présent Accord et des points situés dans des pays tiers sera exercé dans l'intérêt d'un développement ordonné des transports aériens internationaux de telle sorte que la capacité soit adaptée

a) à la demande de transports à destination ou en provenance du territoire de la Partie contractante qui a désigné l'entreprise,

b) à la demande de transports existant dans les régions traversées, compte tenu des services aériens locaux et régionaux,

c) aux exigences d'une exploitation rentable des routes en transit.

Article 8

(1) Les entreprises désignées indiqueront aux autorités aéronautiques des deux Parties contractantes, trente jours au plus tard avant l'ouverture des services aériens sur les lignes fixées conformément à l'article 2, par. 2 du présent Accord, le type de service, les types d'avions envisagés, ainsi que les horaires. La même règle est valable par analogie, pour les changements ultérieurs.

(2) Les autorités aéronautiques de l'une des Parties contractantes fourniront sur demande aux autorités aéronautiques de l'autre Partie contractante toutes données statistiques régulières ou autres des entreprises désignées pouvant être équitablement sollicitées pour contrôler la capacité de transport offerte par une entreprise désignée par la première Partie contractante sur les lignes fixées conformément à l'article 2, par. 2 du présent Accord. Ces données contiendront toutes les indications nécessaires pour déterminer le volume ainsi que l'origine et la destination du trafic.

Article 9

(1) Les tarifs qui doivent être appliqués, sur les routes fixées conformément à l'article 2, par. 2 du présent Accord, aux passagers et aux marchandises, seront établis

der Kosten des Betriebes, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt. Bei der Festsetzung soll nach den Bestimmungen der folgenden Absätze verfahren werden.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für jede Linie zwischen den beteiligten bezeichneten Unternehmen vereinbart. Hierbei sollen sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen richten, die auf Grund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen sollen nach einer Beratung mit den Luftverkehrsunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, die Tarife wenn möglich unmittelbar miteinander vereinbaren.

(3) Die auf diese Weise vereinbarten Tarife werden den Luftfahrtbehörden beider Vertragsparteien spätestens dreißig Tage vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneten Unternehmen eine Vereinbarung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich eine Vertragspartei mit den ihr nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so sollen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung nicht zustandegekommen ist, in gegenseitigem Einvernehmen festsetzen.

(5) Wird zwischen den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsparteien ein Einvernehmen nach Absatz 4 nicht erzielt, so findet Artikel 14 Anwendung. Solange der Schiedsspruch nicht ergangen ist, hat die Vertragspartei, die sich mit einem Tarif nicht einverstanden erklärt hat, das Recht, von der anderen Vertragspartei die Aufrechterhaltung des vorher in Kraft befindlichen Tarifs zu verlangen.

Artikel 10

Tritt ein von beiden Vertragsparteien angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrs-Übereinkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Übereinkommen dieses Abkommens aufhebt, ersetzt, ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 13 statt.

Artikel 11

Jedes bezeichnete Unternehmen einer Vertragspartei darf in den Flughäfen und Städten im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, in denen es eine eigene Vertretung zu unterhalten beabsichtigt, sein eigenes Personal für seine Geschäfte unterhalten und beschäftigen. Sieht ein bezeichnetes Unternehmen von der Einrichtung einer eigenen Organisation in den Flughäfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ab, so soll es nach Möglichkeit die in Betracht kommenden Arbeiten durch das Personal der Flughäfen oder eines bezeichneten Unternehmens im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausführen lassen.

Artikel 12

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsparteien findet nach Bedarf ein Meinungsaustausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

compte tenu de tous les facteurs, tels que le coût de l'exploitation, un bénéfice raisonnable, les conditions particulières des diverses routes, et les tarifs appliqués par d'autres entreprises desservant la totalité ou une partie de la même route. Pour l'établissement des tarifs, on procédera selon les dispositions des paragraphes suivants.

(2) Les tarifs seront convenus, si possible, pour chaque route entre les entreprises désignées intéressées. Les entreprises désignées tiendront compte de la procédure recommandée pour l'établissement des tarifs par l'Association internationale des transports aériens (A.I.T.A.), ou bien elles conviendront de ces tarifs si possible directement entre elles, après consultation des entreprises de transports aériens d'États tiers qui desservent la totalité ou une partie de la même route.

(3) Les tarifs ainsi convenus seront soumis à l'approbation des autorités aéronautiques de chaque Partie contractante au moins trente jours avant la date prévue pour leur entrée en vigueur. Ce délai peut être abrégé dans certains cas, si les autorités aéronautiques y consentent.

(4) Si les entreprises désignées ne parviennent pas à convenir des tarifs, conformément au paragraphe 2, ou si une Partie contractante déclare ne pas pouvoir consentir aux tarifs qui lui ont été soumis conformément au paragraphe 3 de cet article, les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes établiront ces tarifs par accord mutuel pour les routes et sections de routes sur lesquelles une entente n'a pas été réalisée.

(5) Si un accord conformément au paragraphe 4 de cet article n'est pas réalisé entre les autorités aéronautiques des deux Parties contractantes, l'article 14 du présent Accord sera applicable. Tant qu'une sentence arbitrale n'aura pas été rendue, la Partie contractante qui n'aura pas consenti à un tarif aura le droit d'exiger de l'autre Partie contractante le maintien du tarif précédemment en vigueur.

Article 10

Si les deux Parties contractantes adhèrent à une même convention multilatérale générale sur les transports aériens, les dispositions de cette dernière primeront celles du présent Accord. Les pourparlers tendant à établir dans quelle mesure une convention multilatérale abroge, remplace, modifie ou complète le présent Accord, auront lieu conformément à l'article 13 du présent Accord.

Article 11

Toute entreprise désignée par un État contractant pourra entretenir et occuper pour ses affaires son propre personnel dans les aéroports et les villes du territoire de l'autre Partie contractante dans lesquels elle a l'intention d'avoir sa représentation. Si une entreprise désignée renonce à établir une organisation propre sur les aéroports de l'autre Partie contractante, elle chargera, autant que possible, des travaux éventuels le personnel des aéroports ou d'une entreprise désignée du territoire de l'autre Partie contractante.

Article 12

Si besoin est, un échange de vues aura lieu entre les autorités aéronautiques des Parties contractantes, afin d'assurer une coopération étroite et une entente dans toutes les affaires concernant l'application et l'interprétation du présent Accord.

Artikel 13

Zur Erörterung von Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans kann eine Vertragspartei jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der Auslegung und Anwendung des Abkommens, wenn nach Ansicht einer Vertragspartei ein Meinungsaustausch nach Artikel 12 ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt binnen sechzig Tagen nach Eingang des Antrags.

Article 13

En vue d'examiner les modifications à apporter au présent Accord ou au tableau des services, chaque Partie contractante pourra, à tout moment, demander qu'une consultation ait lieu. Il en est de même en ce qui concerne l'examen de l'interprétation et de l'application de l'Accord si, de l'avis de l'une des Parties contractantes, l'échange de vues prévu à l'article 12 n'a pas abouti. La consultation commencera dans un délai de soixante jours après réception de la demande.

Artikel 14

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder die Anwendung dieses Abkommens nicht nach Artikel 13 beigelegt werden kann, ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von sechzig Tagen, der Obmann innerhalb von neunzig Tagen zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Rates der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll der Vizepräsident, der ihn vertritt, die Ernennung vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Vertragsparteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Article 14

(1) Dans la mesure où une divergence de vues sur l'interprétation ou l'application du présent Accord ne pourrait être réglée conformément à l'article 13, elle sera soumise à un tribunal arbitral, à la demande de l'une des Parties contractantes.

(2) Le tribunal arbitral sera constitué ad hoc de telle manière que chaque Partie contractante désignera un arbitre et que ces deux arbitres choisiront comme président, d'un commun accord, le ressortissant d'un État tiers qui sera désigné par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les arbitres devront être désignés dans les soixante jours, et le président dans les quatre-vingt-dix jours, après que l'une des Parties contractantes aura fait connaître à l'autre son intention de soumettre la divergence de vues à un tribunal d'arbitrage.

(3) Si les délais prévus au paragraphe 2 ne sont pas observés, chaque Partie contractante pourra, à défaut d'un autre accord, prier le président du Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale (O.A.C.I.) de procéder aux nominations nécessaires. Si le président possède la nationalité de l'une des deux Parties contractantes ou s'il est empêché pour une d'autre raison, c'est à son suppléant qu'il appartiendra de procéder aux nominations nécessaires.

(4) Le tribunal arbitral décide à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires pour les deux Parties contractantes. Chaque Partie contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de son arbitre ainsi que de sa représentation dans la procédure devant le tribunal arbitral; les frais du président ainsi que les autres frais seront assumés à parts égales par les deux Parties contractantes. Pour le reste, le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

Artikel 15

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenwechsel nach Artikel 2 Abs. 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) zur Registrierung mitgeteilt.

Article 15

Le présent Accord, toutes ses modifications et tout échange de notes effectué conformément à l'article 2, par. 2, seront communiqués pour enregistrement à l'Organisation de l'aviation civile internationale (O.A.C.I.).

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Luxemburg ausgetauscht werden.

(2) Das Abkommen tritt dreißig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen jederzeit schriftlich kündigen. Das Abkommen tritt ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

Article 16

(1) Le présent Accord sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Luxembourg.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur trente jours après l'échange des instruments de ratification.

(3) Chaque Partie contractante peut dénoncer en tout temps le présent Accord par écrit. L'Accord expirera un an après réception de la dénonciation par l'autre Partie contractante.

GESCHEHEN zu Bonn am 5. Juli 1961 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

von Merkatz

Seebohm

Für das Großherzogtum Luxemburg:

Pierre Majerus

Grégoire

FAIT à Bonn le 5 juillet 1961 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

von Merkatz

Seebohm

Pour le Grand-Duché de Luxembourg:

Pierre Majerus

Grégoire

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Schwerpunkt des deutschen Luftverkehrs ist der internationale Fluglinienverkehr. Er kann nur betrieben werden, wenn die ausländischen Staaten, die überflogen oder angeflogen werden sollen, dem deutschen Luftverkehr entsprechende Flugrechte gewähren. Nach allgemeinen internationalen Gepflogenheiten werden diese Rechte grundsätzlich in zweiseitigen Luftverkehrsabkommen eingeräumt.

Zweiseitige Luftverkehrsabkommen sind bereits vom Deutschen Reich vor dem 2. Weltkrieg abgeschlossen worden.

Das deutsch-luxemburgische Luftverkehrsabkommen wurde — nach Delegationsverhandlungen am 10. November 1960 in Bonn — am 5. Juli 1961 als 28. deutsches zweiseitiges Luftverkehrsabkommen nach Wiederherstellung der Lufthoheit in Bonn unterzeichnet.

Ein Fluglinienplan ist noch nicht festgelegt, da bisher nicht feststeht, wann und in welchem Umfang ein Linienverkehr eröffnet wird. Da vereinbart ist, den Fluglinienplan durch Notenwechsel festzulegen (s. Artikel 2 Abs. 2 des Abkommens), kann dies jedoch jederzeit nachgeholt werden.

II. Besonderes

Artikel 2 behandelt den Fluglinienplan und legt die Rechte fest, welche sich die Vertragsparteien zur Durchführung des Fluglinienverkehrs durch die nationalen Unternehmen gegenseitig einräumen. Gewährt werden das Recht des Überflugs (1. Freiheit), das Recht der Landung zu nichtgewerblichen Zwecken (2. Freiheit), das Recht, Fluggäste, Post und Fracht abzusetzen (3. Freiheit) und aufzunehmen (4. Freiheit), wobei die Beförderung auch von und nach einem dritten Punkt vorgenommen werden kann (5. Freiheit). Alle Rechte werden nur zur Durchführung des internationalen Luftverkehrs eingeräumt. Daraus ergibt sich, daß auf Grund des Abkommens Kabotagerechte, d. h. Rechte zur entgeltlichen Beförderung von Personen, Post oder Fracht innerhalb des Hoheitsgebietes einer Vertragspartei durch ein Luftverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei nicht beansprucht werden können.

Artikel 5 gewährleistet bei der Belastung mit Gebühren für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen Inländerbehandlung oder die gleiche Behandlung, wie sie den Luftverkehrsunternehmen des meistbegünstigten Staates gewährt wird.

Artikel 6 gewährt unter bestimmten Voraussetzungen Abgabenfreiheiten für Luftfahrzeuge, Luftfahrtbetriebsstoffe, Ersatzteile und Ausrüstungsgegenstände sowie Nahrungs- und Genußmittel; die Bestimmung hält sich im Rahmen des geltenden Rechts.

Artikel 7 gewährleistet, daß die Beförderungsangebote (Nutzlast und Häufigkeit des Verkehrs) der bezeichneten Unternehmen in ein angemessenes Verhältnis zur Verkehrsnachfrage gebracht werden können.

Artikel 8 verpflichtet die Luftfahrtbehörden zum Austausch statistischer Unterlagen zur Nachprüfung des Beförderungsangebots, des Verkehrsumfanges sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs.

Artikel 9 enthält die Grundsätze, nach denen die auf den vereinbarten Linien anzuwendenden Tarife zu bilden sind.

Artikel 12 bis 14 befassen sich mit dem Meinungsaustausch der Luftfahrtbehörden, der Konsultation zwischen den Vertragsparteien und dem Schiedsverfahren. Entsprechende Regelungen sind in Luftverkehrsobkammen üblich und zur Ausgleichung möglicher Meinungsverschiedenheiten zweckmäßig.

Artikel 16 bestimmt, daß das Abkommen sowie etwaige Änderungen 30 Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

III. Geltungsbereich

Das Abkommen gilt im Hinblick auf Artikel 5 des Zwölften Teils des Überleitungsvertrages einstweilen nicht für Berlin. Eine Erstreckung des Abkommens und des Gesetzes auf Berlin muß der zukünftigen politischen Entwicklung vorbehalten bleiben.

Bo 15 145 12. 61